

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt
per Reichs-Postamt)
Mk. 5.75 für Oesterreich (direkt
per Reichs-Postamt)
Mk. 6.— für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Frankfurt).

Inserte
die Verlagsanstalt Westphale
3 Pence — 25 Pfg. — 30 Mk.

Der Sozialdemokrat

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Barnston & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen franks.
Geldschliche Briefe
nach England kosten Doppelpost.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 48.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

24. November 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahregelten nicht!

Zur besonderen Beachtung.

Bei allen Posteingahlungen an unsere Geschäftsfirma lasse man stets bemerken:

Zahlbar by Kentish Town Road Post-Office.

Jede erfolgte Eingahlung an obige sowohl wie an andere Adressen ist uns sofort zu wissen und der Absender-Name u. genau mitzutheilen, da ohne dessen Nennung durch uns, Gelder von der Post nicht verabsolgt werden.

Abermals liegen 2 Bträge, ca. Mk. 10.— und ca. Mk. 30.— vom 12/11.

mit unbekanntem Absender dervort hier fest. Wir bitten deshalb dringend um sofortige Mitteilung der Absendernamen, die bei der Aufgabe verlaufsbar wurden.

Papiergeld oder größere Beträge in Bankwechsel auf hier gelangen per „Eingeschriebenes“ prompt an bestimmte Geld-Adressaten, auf welche die etwaigen Wechsel zu verlaufbaren sind.

Durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehende Weiterungen und Nachteile hat sich Jeder selbst zuzuschreiben.

Die Absender von Tauschblättern

besonders in Frankreich, Belgien, Holland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz etc., werden dringend gebeten, ihre Zusendungen mit haltbaren Kreuzbändern zu versehen.

Schmale Streifen von dünnem Papier zerreißen vielfach unterwegs, so daß die Blätter verloren gehen und wiederholte Reklamationen seitens der Post statifanden.

Abhilfe ist im gegenseitigen Interesse unerlässlich.

Die Redaktion und Expedition des Sozialdemokrat.

Die Herabsetzung des Arbeitstages in den Fabriken und die Hausindustrie.

Unter den Argumenten, welche von Seiten der konservativen englischen Gewerkschaftler gegen die staatliche Festsetzung der Grenze des Arbeitstages in's Feld geführt werden, befindet sich auch eines, das in der deutschen Arbeiterpresse noch nicht zur Sprache gekommen ist und daher, ob thatsächlich berechtigt oder nicht, wohl der Erörterung in unserem Blatte werth ist. Es lautet: Eine zwangsweise Herabsetzung des Arbeitstages würde eine ganze Anzahl Arbeiter aus den Fabriken in die Höhlen des Schwitzsystems, d. h. der Hausindustrie, treiben.

Der Gedankengang ist dabei folgender: Eine Herabsetzung des Arbeitstages hat eine Beschränkung der Produktion, bezw. der Leistungen des einzelnen Arbeiters zur Folge. Infolge dessen werden die Unternehmer vielleicht ausfinden, daß sie besser wegkommen, wenn sie die Arbeiten außer dem Geschäft anfertigen lassen, die Hausindustrie aber bedeutet heute eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter gegenüber der Fabrikarbeit.

Die Wichtigkeit des Schlussatzes wird von Niemandem, der die Arbeiterverhältnisse einigermaßen kennt, bestritten werden, es kommt also darauf an, zu untersuchen, ob und inwiefern die Vorderätze zutreffen.

Zunächst ist ferner durchaus richtig, daß der Unternehmer, wo sie sich ihm rentabler oder auch nur ebenso rentabel erweist, die Hausarbeit der Fabrik, bezw. Werkstattarbeit vorzieht. Sie erhöht seine Macht über den einzelnen Arbeiter und verringert seine Verantwortlichkeit für denselben. In einzelnen Industrien ist es vielfach schon soweit gekommen, daß die Arbeiter dem Unternehmer eine Pacht zahlen müssen, wenn sie der Gnade theilhaftig werden wollen, in der Werkstatt arbeiten zu dürfen. So u. A. in der Schuhwaaren-Industrie, und ein Delegirter der Schuh- und Stiefelarbeiter war es auch, der auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Bradford der erwähnten Befürchtung Ausdruck gab.

Zweifelsohne ist dieselbe besonders dadurch gefördert, wenn nicht hervorgehoben worden, daß die Frage auf den zwangsweisen Achtstunden-Arbeitstag gestellt war. Der bedeutet da, wo bisher zehn, elf und mehr Stunden gearbeitet wurde, ganz etwas anderes als da, wo bereits die Neunstunden-Arbeit erreicht worden ist. So schnell geht die Technik nicht vorwärts, um bei einem plötzlichen Sprung von 12 auf 8 Stunden sofort durch Intensifizierung der Arbeit den Unterschied in der Arbeitsleistung auszugleichen. Er würde zunächst unbedingt eine erhebliche Verminderung der Produktion zur Folge haben, und somit, wenigstens für die erste Zeit, auch die nachtheiligen Wirkungen einer solchen, während ihre guten Wir-

kungen, abgesehen von ihrer moralischen Wirkung auf die Arbeiterklasse, sich erst allmählich durchsetzen würden. Der englische oder wir dürfen überhaupt sagen, der an theoretisches Denken nicht gewohnte Arbeiter vergegenwärtigt sich nur die Ersteren, die er aus der Erfahrung kennt, und scheut daher naturgemäß vor einer Maßregel von so großer Tragweite zurück. Es wäre daher unserer Ansicht nach nicht nur theoretisch richtiger, sondern auch mit Rücksicht auf die Lage der Dinge geboten gewesen, die Frage, wie weit der Arbeitstag zu reduzieren, von der grundsätzlichen Frage, ob eine gesetzliche Grenze des Arbeitstages zu erstreben sei, zu trennen, man würde für die letztere, auf die es ja in erster Linie ankommt, manchen gewonnen haben, der sich gegen den Achtstundenarbeitstag erklärte aus Furcht vor den schlimmen Folgen, den dieser rapide Sprung in seiner Industrie haben könne. Erst dann war über die Höhe der Maximalgrenze zu diskutieren und bei dieser Gelegenheit waren die verschiedenen Befürchtungen zu widerlegen, die gegen eine solche geltend gemacht werden.

In Bezug auf die vorliegende Frage liegt die Sache nun so: wo die moderne Technik der Entwicklung der Hausindustrie günstig ist, da vollzieht sich dieselbe, ob mit oder ohne Normalarbeitstag. Will man dieses Resultat vermeiden, so müßte man nach der gegnerischen Logik darauf bedacht sein, die Arbeitszeit in den Fabriken herauszusetzen, statt umgekehrt, und auch dann wäre der Erfolg sehr zweifelhaft, denn die Hausindustrie hat, weil oder solange es für sie keine gesetzliche Schranke gibt, immer vor der Beschäftigung in der Fabrik den Vortheil — für den Unternehmer — voraus, die denkbare größte Leistung aus dem Arbeiter herauspressen, den Arbeiter heut auf Wartezeit setzen, und ihn morgen doppelt und dreifach schinden zu können.

Gäbe es keine technischen Hindernisse, oder ständen in andern Industriezweigen den Nachtheilen der Werkstatt- gegenüber der Hausarbeit nicht erhebliche Vortheile der Konzentration in der Ersteren für die Unternehmer gegenüber, so würde es überhaupt nur noch Hausindustrie geben. Im Interesse der Arbeiter wird kein Unternehmer Fabriken bauen, Werkstätten einrichten, Maschinen anschaffen etc. Die große Mehrzahl thut es, weil es für sie keine Hausarbeit gibt, oder weil sich die Fabrik aus technischen etc. Gründen besser zahlt. Von Ersteren ist der Uebergang zur Hausarbeit gar nicht, von den Letzteren kaum zu befürchten. Bleiben also nur die Industrien, wo heute ohnehin die Hausarbeit besteht.

Und mit Rücksicht auf diese sollte man von einer Forderung Abstand nehmen, die für die übrige Arbeiterschaft von größtem Nutzen wäre? Das ist ein um so widersinnigeres Verlangen, als dabei von einer Maßregel ganz abgesehen wird, die, ohnehin längst notwendig geworden, sehr gut gleichzeitig in Angriff genommen werden kann, und vermöge deren dafür gesorgt werden kann, daß die Räume der Hausarbeit, der Schinderei und Ausschweifung der Hausarbeiter, ebensowenig in den Himmel wachsen als die der Schinderei in Fabriken und Werkstätten: Die Ausdehnung der Fabrikgesetze auf die Hausindustrie.

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die sich in der heutigen Gesellschaft dem entgegenstellen, und wissen, daß nicht Alles, was in Bezug auf die Fabrikarbeit möglich ist, auch für die Hausarbeit durchgeführt werden kann. Aber Vieles kann durchgeführt werden, wenn nur der energische Wille dazu da ist, es kam und darum muß endlich ein Ende gemacht werden mit dieser Idylle des Schaffens — Schaffens — Schaffens in der Manufaktur, im dumpfigen Kellerraum, in der elenden Lehmhütte, und wo der Proletarier sonst noch haus. Wird der Unternehmer ebenso zur Verantwortung herangezogen für die Arbeiter, die er außerhalb des Geschäftes abrodert, wie für die Arbeiter im Geschäft, dann fällt schon ein großer Anreiz hinweg, mit den Ersteren zu Gunsten der Letzteren anzuräumen, und positive Schutzmaßnahmen werden das Weitere thun.

Vor Allem gilt es, die Hausarbeit unter scharfe Kontrolle zu nehmen, und in dieser Beziehung hat der Gewerkschaftskongress in Bradford einige Beschlüsse gefaßt, die, im Gegensatz zu seiner doktrinären Angst von der Einnischung des Staats in der Frage des Arbeitstages, von ganz praktischer Auffassung zeugen. So verlangte er, daß der Artikel 69 des englischen Fabrikgesetzes, der das Recht der Fabrik-Inspektoren, Haus-Arbeitsstätten zu betreten, gewissen Beschränkungen unterwirft, ganz gestrichen werde. Weiter verlangt er, daß Artikel 75 dahin ergänzt werde, daß jeder Unternehmer, der Arbeiten vergibt, die ganz oder theilweise außerhalb seiner Geschäftsräume ausgeführt werden, eine Liste der betreffenden Arbeitsstellen aufsetzen soll zu Gunsten des Fabrik-Inspektors. Weiter soll Niemand in Wohn- oder Privat-Arbeitsräumen Arbeitskräfte anstellen dürfen, der nicht die amtliche Genehmigung dazu einholt.

Und schließlich soll ein Artikel in das Gesetz eingefügt werden, der es für ungesetzlich (d. h. strafbar) erklärt, wenn Arbeiter, die in irgend einer Fabrik oder Werkstätte beschäftigt sind, um den Beschränkungen der Arbeitszeit zu entgehen, aus dieser oder anderen Fabriken Arbeit entnehmen, um sie anderwärts auszuführen, oder wenn Be-

figer von Fabriken oder Werkstätten zum gleichen Zwecke Entnahme von Arbeiten veranlassen oder gestatten.

Das sind Eingriffe in den freien Arbeitsvertrag, gegen den die gesetzliche Festsetzung der Grenze des Arbeitstages ein wahres Kinderspiel ist. Aber sie sind nothwendig wie er und darum muß ihre Durchführung und Erweiterung mit aller Kraft angestrebt werden, genau wie die Durchführung des Normalarbeitstages.

Moderne Hexen-Prozesse?

Eine zeitgemäße Parallele.

Die deutschen Sozialisten-Prozesse sind vielfach mit den Hexenprozessen verglichen worden, der Vergleich hinkt jedoch und der einzige Punkt, in welchem sich Ähnlichkeit findet, ist, daß unschuldige Menschen eines eingebildeten, künstlich konstruirten Verbrechens angeklagt, der Verübung von Handlungen, die sie niemals verübt haben und verüben konnten, schuldig befunden und zu schweren Strafen verurtheilt wurden. Auch noch eine zweite Ähnlichkeit könnte man finden, nämlich in dem Gebrauch der Folter, die allerdings in der Form von Dammschrauben, glühenden Jangen u. s. w. abgeschafft, dafür aber in Gestalt endloser Untersuchungs-haft mit verdoppelter Grausamkeit und verbundertem Raffinement bei den Sozialistenprozessen betrieben wird.

Jetzt sind wir aber am Ende der Ähnlichkeiten und gelangen zu den Unterschieden. Und hier tritt uns zunächst der bedauerliche, in moralischer Beziehung entscheidende Unterschied entgegen, daß die Hexen-Prozesse in der Kultur ihrer Zeit wurzelten und den Anschauungen der Gebildeten sowohl als des Volks entsprechend, daß es sich nicht um eine bestrittene Rechtsgrundlage handelte, sondern um allgemein anerkannte Prinzipien, und daß die damaligen Richter, indem sie über die Hexen urtheilten, sich auf genau so sichere und festen Rechtsboden bewegten, wie heutzutage ein Richter, der über Diebstahl urtheilt. Ueber den Diebstahl wird ein fünfziges Geschlecht allerdings gleichfalls anders urtheilen, als das übrige, — ebenso wie wir über die sogenannten Hexenkünste anders urtheilen, als unsere Vorfahren es thaten. Allein wenn wir Sozialdemokraten auch die Gewißheit haben, daß der Diebstahl eine gesellschaftliche Krankheit ist, welche bei gefundenen gesellschaftlichen Einrichtungen von selbst verschwinden muß, so ist doch die Ansicht, welche betrefft des Diebstahls in der Rechtspflege herrscht, auch die noch allgemein herrschende Ansicht und kein Richter, der einen „Spitzbuben“ verurtheilt, kommt deshalb mit seinem Gewissen, seiner Ueberzeugung in Konflikt. Er hat den sogenannten Consensus omnium — die Uebereinstimmung Aller — die öffentliche Meinung für sich.

Anders mit den Sozialistenprozessen. Sie sind Prozesse gegen Sozialisten, d. h. gegen eine junge Partei, welche noch in der Minderheit ist und welche von der Mehrheit gewaltiam und gewaltthätig unterdrückt wird. Die verbohrteten Feinde der Sozialdemokratie, sogar Putzwerker und Konfektoren, haben jedoch noch nicht zu sagen gewagt, daß es ein Verbrechen sei, Sozialdemokrat zu sein. Während also der Oerentrichter sich Menschen gegenüber sah, deren Handeln, falls es sich erweisen ließ, nach der allgemeinen Weltanschauung der Zeit ein verbrecherisches war, sieht der moderne deutsche Sozialistenrichter sich Menschen gegenüber, deren Handeln auf Grundgesetzen und Anschauungen beruht, die nur von einzelnen Parteien verurtheilt werden, nicht aber von der Masse des Volks und nicht von den Gebildeten der Nation, die im Gegenstand in einem so beträchtlichen Theil auf Seiten der Sozialdemokraten stehen, daß wir mit vielen Recht sagen können, die Lehren und Bestrebungen der Sozialdemokratie haben die Weihe der modernen Wissenschaft erhalten.

Mit einem Wort: Die Herentrichter handelten in Gemäßheit der Bildung ihrer Zeit; und die Sozialistenrichter stellen sich in Widerspruch mit der Bildung, mit der Wissenschaft ihrer Zeit. Die Herentrichter verurtheilten Menschen, an deren Schuld damals das gesamte Volk und die Gebildeten der Zeit glaubten; die Sozialistenrichter verurtheilten Menschen, deren Verurtheilung von der Masse des Volkes für einen infamen Justizmord und von den Gebildeten der Zeit zum Mindesten für eine Barbarei gehalten wird.

Die Herentrichter urtheilten in Uebereinstimmung mit ihrem Gewissen. Den Sozialistenrichtern fehlt diese Uebereinstimmung, denn sie wissen so gut wie wir, daß die Verfolgung der Sozialdemokraten nicht ein Postulat der öffentlichen Meinung ist, wie welland die Hexenprozesse, sondern das Werk niedrigen Parteigeistes.

Die Herentrichter konnten deshalb persönlich höchst ehrenwerthe Männer sein und waren es auch meistens.

Die Sozialistenrichter können keinen Anspruch auf diese persönliche Ehrenhaftigkeit erheben. Sie machen sich zu Werkzeugen der politischen Parteilichkeit und urtheilen nach „Tendenzen“, — es trifft sie deshalb das Brandmal, das allen verurtheilenden Richtern in Tendenzprozessen, seit es solche gibt, nach dem consensus omnium — nach der Uebereinstimmung Aller, wie meines aller anständigen und urtheilsfähigen Menschen — anhaftet.

„Aber Sie verurtheilen ja die ganze Soziallage“, — antwortet man uns vielleicht von gegnerischer Seite, — „es ist ein Irrthum, daß die Sozialistenprozesse Tendenzprozesse seien; die Sozialistenprozesse haben mit der politischen und sonstigen Ueberzeugung und mit der Parteistellung der Angeklagten gar nichts zu thun; sie drehen sich einzig und allein um Verhältnisse gegen das gemeine Strafgesetzbuch; und der Umstand, daß die Angeklagten Sozialisten sind, ist etwas ganz Zufälliges.“

Wappelerpap! Das ist nichts Zufälliges. Mitglieder anderer Parteien könnten auf derartige Anklagen hin überhaupt nicht vor Gericht gestellt werden. Denn fast die Anklage auch formell an Paragrafen des Strafgesetzbuchs, so sind doch die Handlungen, welche auf Grund dieser Paragrafen abgeurtheilt werden, ausnahmslos und dadurch, daß sie von Sozialdemokraten als Sozialdemokraten begangen wurden, zur richterlichen Aburtheilung gekommen. Über ist jemals ein Konservativler oder ein Rationalistliberaler vor Gericht geschleppt worden, weil er Parteischriften las oder vertheilte, und weil er bei Wahlen und sonst für seine Partei agitirte?

Und Weiteres haben die Angeklagten der Sozialisten-Prozesse nicht getan. Das weiß jeder Richter; und darnun müssen wir die Richter der Sozialistenprozesse anklagen: „Ihr verlegt das erste Ge-

des betreffenden Gutes geworden, sondern auch in die Lage versetzt, durch Heirat oder durch Ererbung irgend eines Inhabers zum Mit-Eigentümer dem Lande Mecklenburg einen Gesetzegeber, eigentlich Mitregenten zu stellen.

Das ist nun allerdings nicht gerade sehr annehmend, ja, wir geben gern zu, daß dieser eine Fall, wie liberale deutsche Mütter schreiben, bereits einen schlagenden Beweis liefert für die verrätterischen Zustände in Mecklenburg, aber gar so „unerhört“ können wir ihn doch nicht finden. Sehen wir hier eine Dame mit den schreiendsten Vorrechten ausgestattet, so werden die deutschen Herren u. Häuser haufenweise Mitglieder auf, deren Verdienste einzig und allein darin bestehen, daß sie Söhne, bzw. Enkel von Prinzen, von Fürstern von gemeinen Klumpfüßern sind. Wer sich im deutschen Adel ein wenig umhauert und die Genealogie der „Edelichen und Veltin“ des deutschen Volkes studiert, der wird manchen freitherrlichen Helden für Religion und Moral darunter finden, neben dessen Mutter, Großmutter oder Urgroßmutter die Bertha Kother noch als reiner Tagelöhner erscheint.

Und was beim Adel, beim „verrottenen“ Mecklenburg halt machen? In Mecklenburg herrscht der Adel, bzw. ein bestimmter Grundbesitz, anderwärts wo man sich modernerer Zustände erfreut, der Besitz schlechthin. Fällt es etwa da jemand ein, zu fragen, wie dieser Besitz zu seinem Inhaber gekommen, durch welche schimpflichen, christlichen Manipulationen? Bewahre, la recherche de l'origine est interdite — heißt es da, die Nachforschung nach dem Ursprung ist streng untersagt. Du bist Millionär, folglich hast Du die die Rechte. Ob das Geld gestohlen, ob Blut daran steht, das ist gleichgültig, wenn nur der formale Rechtstitel in Ordnung ist, — genau wie bei Bertha Kother, die ja auch rechtmäßig zu ihrem — Schmerzensgeld gekommen ist. Und wenn die Million aus dem Schweiß und Blut abgerodeter Arbeitssklaven zusammengescharrt ist, dann ist ihr Erlanger ein Mörderbrot, und wenn sie durch Spekulation auf die Roth ergaunert wurde, ein öffentlicher Wohlthäter.

Solange das Alles möglich ist, solange das Geld die Welt beherrscht, ist ein solcher Fall wie der der Bertha Kother nur ein Ständel unter vielen. Und daß sich im Lande Mecklenburg, wo sich der alte Feudalismus sozusagen noch in seiner höchsten Gestalt erhalten hat, auch der Ständel in höchster Gestalt produziert, das ist ein ganz guter Beweis der Weltgeschichte, über den wir gar keine Ursache haben, nicht hell aufzulachen.

Wird auf ihr Grafen von Plessow und Plessen, ihr Hädn und Bülow zur neuen Kameradin.

Das ist die richtige Art, sein Recht zu wahren. Herr Otto Hermes, eine der Größen der deutsch-freimüthigen Partei, hielt jüngst in Berlin einen Vortrag über den Ausfall der Landtagswahl in Preußen. Er kam bei dieser Gelegenheit auch auf die Abzanzelungs-Affaire zu sprechen und sagte da u. a.:

„In kleinen Kreisen in der Stadtvertretung habe man nun die Frage erörtert: Was soll man in dieser Angelegenheit thun? Es war von einer Interpellation an den Magistrat und davon die Rede, Schritte zu thun, um das augenscheinliche Mißverständnis aufzuklären. Man hat davon Abstand genommen, um nicht durch eine solche Verhandlung möglicherweise die Mißstimmung auf beiden Seiten zu verstärken.“

Man muß das wirklich vor sich sehen, um es zu glauben. Statt sich, wie es rechten Männern ziemt, gegen eine unverdächtige Zumuthung zur Wehre zu setzen — was sagen wir! zur Wehre setzen? O, das mußten man den Herren nicht einmal zu, aber sie doch wenigstens mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, hielten sich die Herren, um — die Mißstimmung auf beiden Seiten — die „beiden Seiten“ sind köstlich — nicht möglicherweise zu verstärken. Und das wollen die Vertreter des unabhängigen Bürgerthums sein.

Man begreift da, warum die Freimüthigen, wenn ihnen die sonstigen Kraftworte ausgehen, so gern auf das böse Mittelalter schimpfen. Im Mittelalter hätten die Bürger in einem ähnlichen Falle eine andere Antwort zur Hand gehabt. Da fragte man nicht, wenn man einen Fußtritt erhalten, ob eine fröhliche Erwiderung „möglichweise“ die Mißstimmung verstärken werde, sondern man kämpfte um sein Recht, und wenn man es erlumpft, dann machte man Frieden, nicht aber, nachdem man den Fußtritt erhalten.

Kein Argument für Sozialisten. Wir lesen in der Londoner „Justice“ folgende bemerkenswerte Zahlen in Bezug auf die Beträge, welche als Zinsen auf die italienische fünfprozentige Rente in Paris, London und Berlin bezahlt wurden. Sie sind, schreibt die „Justice“, einem Buch entnommen, welches große Zentration in Paris verursachte, und das wir demnächst besprochen werden:

In Paris	59,190,000 Franken
London	3,500,000 „
Berlin	77,000 „

Trotzdem ist Italien gegen Frankreich sehr feindselig, gegen Deutschland sehr freundlich gesinnt.

Frankreich hat Italien nahezu 120,000,000 Ffd. Sterl. (2400 Millionen Mark) geliehen!!

Wir fühlen uns durchaus nicht veranlaßt, die Politik der Regierung des Herrn Crispi in Bezug auf Frankreich und Deutschland in Schutz zu nehmen. Die Anekdote des Dr. Verhaghen gegenüber dem Oberleiter der europäischen Mission, sein provokatorisches Gebahren gegenüber Frankreich kann im Gegentheil unserer Ansicht nach nicht scharf genug gebührendt werden; aber das hat mit der Frage, in welchem Lande die größte Menge von italienischen Staatsschuldentiteln sich befindet, absolut nichts zu thun. Nicht ein einziger der Inhaber derselben hat sie dem italienischen Staat zuliebe gekauft, von solchen Motiven läßt sich kein Kapitalist der Welt leiten, sondern einzig und allein der hohen Zinsen wegen, — der italienische Staat hat seinen hochgehenden Gläubigern Bücherzinsen schlimmster Art zahlen müssen, und ihm aus dem guten Geschäft, das diese an ihm gemacht, irgend eine politische Verpflichtung herleiten, das mögen verdohte Bourgeoispolitiker thun, wir Sozialisten haben mit solcher Argumentation nichts zu schaffen.

Uebrigens beweisen die obigen Zahlen nicht einmal das, was sie angeblich sollen. Aus der Summe der Zinscoupons, die an irgend einer der internationalen Jahrestellen zur Auszahlung gelangt sind, läßt sich durchaus kein Säugling ziehen auf den Betrag der in dem betreffenden Land vorhandenen Schuldtitel. Wer einen größeren Betrag von an verschiedenen Stellen zahlbaren Coupons besitzt, läßt sie nicht bei derselben Stelle einzulösen, die ihm geographisch am nächsten liegt, sondern bei der, die nach dem jeweiligen Geldkurs sich am vorteilhaftesten für ihn stellt. Die Auszahlung der Valuta (Geldwerth) Differenzen an den verschiedenen Börsenplätzen ist ein wesentlicher Theil des Bankgeschäfts, und der Couponhandel spielt in diesem Zweig eine wichtige Rolle. Es ist somit noch gar nicht gesagt, daß wenn 59 Millionen Franken Coupons in Paris ausbezahlt wurden, die Titel dazu auch alle in den Händen von Franzosen sind. Diese Zahlen lassen uns also absolut fälsch.

Und schließlich sei noch bemerkt, daß wenn wir Herrn Crispi's auswärtige Politik tadeln, wir damit keineswegs die auswärtige Politik der französischen Republik in Schutz genommen haben wollen. Dazu ist sie, vom Sozialismus ganz abgesehen, viel zu unrepublikanisch.

— Viel vernichtender als das Coupons-Argument trifft der Hinweis auf die grauenhaften sozialen Nothstände in Italien die abenteurerliche Politik des Herrn Crispi. Kommt ein Bericht aus dem Lande, das das glücklichste Europa sein könnte, der nicht wahrhaft entsetzliche Dinge meldet über das Gland, das in den verschiedenen Theilen desselben herrscht. So ist erst neulich wieder, wie der „Moniteur de Rome“ mittheilte, Herrn Crispi von zwei und dreißig Corporativ-Gesellschaften einer Provinz, welche zusammen 8000 Familien umfassen, unterzeichnetes Schreiben zugegangen, welches die ökonomische Situation in den düsternen Farben schildert. (Genaus, sagen die Petitionäre, verdrängte uns unsere Arbeit das tägliche Brod. Seit fünf bis sechs Jahren ist die Arbeit für uns Weniger verhängnisvoll geworden. Die Gutsbesitzer und Pächter beschränken die Landarbeit und selbst in der schönen Jahreszeit liegt für uns nicht genügend Beschäftigung vor. Diejenigen, welche sie doch finden, vermögen ihre Familien nicht durchzubringen.

Viele wandern deshalb aus; wir, die Dahin Bleibenden, führen eine mühe- und leidensvolle Existenz. Zur Stunde verdient ein Bauer, selbst wenn er unausgeseht Arbeit hat, jährlich kaum 300 Franken. Damit soll nun eine Familie auskommen. Das Leben ist für sie nur eine verlängerte Qual.“

„Im Lager der Saiten“, bemerkt dazu sehr richtig die „Zürcher Post“, wird man natürlich mit dem Einwand bereit sein, es liege hier wohl eine Uebertreibung vor. Darauf ist nur zu sagen, daß ein Schriftsteller von Rang, welcher Italien bereite und aus eigener Anschauung kennt, Herr Laboulaye, offen erklärte, das Dasein des italienischen Bauern unterhalb der Linie von dem der ägyptischen Fellahs. Und Herr Laboulaye steht durchaus nicht bei den Hebern. Und während die Landesfürsten in solchem Gland darniederliegen, die kräftigsten Leute diese „theure Heimat“ verlassen und Zustände sich entwickeln, welche eine agrarische Revolution zur Folge haben müssen, vergeudet die Regierung Geld und Blut für eine unzulässige Expedition nach Afrika, opfert in ihrer Großmuthsindigkeit wie dessen dem nicht lächerlichen Moloch und wirft anlässlich des Besuchs des Kaisers Wilhelm zehn Millionen für eine Flottenparade aus.“

Dafür ist aber auch Herr Crispi ein „achter Staatsmann“.

— Die Fürsorge des Reichs für die Invaliden der Arbeit wird immer schöner, durch je mehr Hände von Arbeiterfreunden der Götterdienst geht, der sie beieinander, das Gebäude des praktischen Christenthums krönen soll. Jetzt hat ihn der Bundesrath — dieses Nationalität, das Einem für den alten Bundesstaat Sympathie erwachen könnte — in Händen gehabt, und siehe da, er hat ihn mit Reize ausgestattet, die die höchsten Erwartungen in den Saiten stellen.

Zunächst eine Konzession an den Partikularismus. Am 28 des bisherigen Entwurfs war bestimmt, daß für den Betrag einer jeden Versicherungsanstalt zur Bezahlung der Interessen der übrigen Versicherungsanstalten und des Reichs vom Reichskanzler im Einvernehmen mit den Regierungen der beteiligten Bundesstaaten ein Kommissar bestellt werden sollte. Nach dem nunmehr genehmigten Antrage der Subkommission soll dieser Kommissar, dessen Bezeichnung „Reichskommissar“ in Wegfall kommt, von den Landesregierungen in Einvernehmen mit dem Reichskanzler ernannt werden.

Das ist nun zwar in der Sache selbst honnet blane wie blane honnet, aber diese harmlosen Scherze können dem deutschen Volke beunruhigend sehr theuer zu stehen, für jede solche Modifikation an die Herrlichkeit der Einzelstaaten müssen diese doppelt und dreifach Rechte und Mittel des Volkes auf den Altar des Reichs niederlegen.

Die Hauptleistung des Bundesrates aber betrifft die Bestimmungen über die Reichsrente. Man hätte es nicht für möglich halten sollen, aber der Bundesrath hat es wirklich fertig gebracht, er hat die berühmte 33 1/2 Pfennig pro Tag noch übertraffen. Er hat es angefangen, daß es Unrecht sei, alle Arbeiter über einen Kamm zu — beglücken, und hat, entsprechend vielfachen Anregungen, das Stufen-system in das Gesetz eingeführt. Aber fragt ihr nur nicht, wie! Die sämmtlichen Ortschaften des Deutschen Reichs sollen nach der Höhe des für sie festgesetzten ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher erwachsener männlicher Tagelöhner in fünf Ortsklassen eingetheilt werden, die erste soll diejenigen Ortschaften umfassen, wo der Jahreslohn 300 Mark beträgt, der zweite die, wo er 400 beträgt und so fort bis zur fünften, der der Jahreslohn von ganzen 700 Mark zu Grunde gelegt wird — ein höherer existiert für die Herren vom Bundesrath nicht, wo er noch vorkommen sollte, ist er nach ihrer Ansicht offenbar nicht existenzberechtigt. Nach diesem Jahreslohn werden die Renten berechnet, die „Invalidentrente“ fängt von 24 Hundertstel derselben an und steigt nach Ablauf der Wartzeit an um je vier, und nach weiteren 15 Jahren um je sechs, und schließlich nach weiteren 20 Jahren um je acht — Tandendel jährlich bis zur schwindenden Höhe von jährlich fünfzig Hundertstel pro Jahr. Ein Glückspilz, so selten wie ein freigelegter Hohenzoller, würde in der letzten Klasse es bis auf 350 Mark, einer aus der untersten Klasse bis auf 150 Mark jährlicher Invalidentrente bringen, der niedrigste Betrag wäre für die fünfte Klasse 164, für die erste 72 Mark Invalidentrente betragen!

Diese letzteren Beträge bilden den stehenden Satz für die Altersrente. Der Reichsdentler mit 33 1/2 Pfennigen pro Tag gehört nach dem Bundesrath zum wohlhabenden Mittelstand, den dieser erlauchten Körperlichkeit ist es erst gelungen, eine Rente aufzustellen, die den ergrauten Proletariat vor Verschwendung und Bällerei schützt: 72 Mark jährlich, nicht ganz 20 Pfennige pro Tag! Ob es irgend eine Gemeinde, irgend einen Armenverband im Reich giebt, der seinen Unterstützungsbedürftigen weniger giebt, wissen wir nicht, soviel aber wissen wir, daß die ganze Verlogenheit des praktischen Christenthums dazu gehört, eine so schamlose Farce wie diese sog. Altersversicherung als eine Reform im Interesse der Arbeiter hinzustellen. Reform — ja, die verhängte Aufhebung des Gdlt von Renten war ja auch eine „Reform“. Und sie war ein hundertmal anständigere, ehrlichere als diese niederträchtige „Reform“, „Reform“ zur Entlastung der Reichen und Beschwindelung der Armen.

— Ueber eine Kraftleistung des deutschen Bürgerthums wird der „Arbeiter-Chronik“ aus dem Harz geschrieben:

„Gunde sind wir ja doch; dieser Ausdruck eines nationalliberalen Parlamentariers bezeichnet das Selbstbewußtsein unseres heutigen Bürgerthums auf das Beste. Schwelwedel nach oben, brutal nach unten. Vor einigen Wochen war in Blankenburg a. S. „Hofftag“, d. h. der Kaiser und noch einige andere Herren waren dort zur Jagd. Obgleich sich der Kaiser jeden Empfang verbot, so hatten doch 4. u. in Hirschleben und Halberstadt die — Kriegervereine mit Fahne und Trompeten auf dem Bahnhofe Aufstellung genommen. In Hirschleben fuhr der kaiserliche Jag ohne anzuhalten durch; in Halberstadt hatte er sechs Minuten Aufenthalt. Der Bahnhof war abgeperrt, außer den Wächtern der Kriegervereine wurde Niemand zugelassen, allein das lokale Volk durchbrach die Barriere, rief die Polizisten nieder und stürmte den Bahnhof. Der Kaiser verließ den kaiserlichen Wagen nicht, das Vergnügen, ihn zu erblicken, war nur sehr wenigen verweigert. Was war nun zu thun? Das Jagdrevier in Blankenburg war für Jedermann streng abgeperrt, doch die Halberstädter habe Bourgeoisie, große Fabrikanten und Kaufleute — mußten sich zu helfen. Sie machten sich beim Oberförster als freiwillige — Treiber! Jeder triegte einen mächtigen Knüttel und mit Hallo trieben die feinen Herren das Wild zusammen, hatten aber dafür die Ehre, den Kaiser zu sehen, und erzählen in ihren Stammtischen nun stolz die Ergebnisse auf der Hofftag: Gunde sind wir ja doch!“

„Zum Glück können sie sich nicht beschweren, daß Wilhelm sie nicht so behandelt wie sie es verdienen. Dieser Kaiser und dieses Volk“ sind einander in jeder Hinsicht werth. Und das Symbol des schönen Bundes ist — der Knüttel.

— Ein weitsichtiger Mann ist der Bischof Egger von St. Gallen. Derselbe hat im Einverständniß mit anderen Bischöfen der Schweiz sich gegen die — von anderer Seite in Vorschlag gebrachte — Gründung von katholischen Arbeitervereinen ausgesprochen, weil — so lautet der Rede kurzer Sinn — diese Arbeitervereine über kurz oder lang doch der Sozialdemokratie Vorhänd leisten würden. Es sei nicht gut, daß man durch Gründung katholischer Arbeitervereine die katholischen Arbeiter von der übrigen katholischen Bevölkerung absondere, das heißt, denselben Klassenbewußtsein beibringe.

Dazu schreibt die „Arbeiterstimme“ sehr richtig: „Auch hier sehen wir wieder, daß die Kirche im Bunde mit dem Kapital steht. Wer die Bedung des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern nicht fördert, der ist nicht der richtige Sachwalter des Proletariats, wer dieselbe aber bekämpft und zu hemmen sucht, der ist unser Feind, handle er bewußt oder unbewußt. Klassenbewußtsein heißt nichts Anderes als Erkenntniß der eigenen Interessen. Ob man diese Erkenntniß besitzt, kann man doch gewiß keine Interessen nicht wahren. Wir machen daraus, daß die Schweizerischen Bischöfe gegen die Bedung des Klassenbewußtseins auftreten, ihnen unwillkürlich einen Vorwurf, als Leute, die von der Arbeiterchaft als

„Freimüthige“ verehrt werden, mit allerhand „freimüthigen“ Argumenten gegen dieselbe kämpfen.

Die Leute haben recht, ob sie katholisch oder protestantisch sind: solange der Arbeiter kein Klassenbewußtsein besitzt, solange hat er keinen richtigen Kompaß, kann er von diesem oder jenem Tageshelden geleitet werden. Eine klare, zielbewußt markierende Arbeiterschaft marschirt direkt auf das Ziel, Abschlagszahlungen als etwas Selbstverständliches annehmend. Sie läßt sich zu diesem oder jenem Schritte und wenn er noch so vorkammlisch geschickt wird, nicht demagen, sobald sie merkt, daß Sonderinteressen dabei im Spiele sind.“

— Aus dem Begasbrunnen steigen immer schönere Schaumperlen empor. „Erit jetzt erfährt man“, schreibt man uns aus Berlin, warum „Wilhelm der Redeliche“ grade dieses Kunstwerk als Jubiläumsgeschenk der Stadt Berlin angefertigt erhielt.

In den Kreisen der „guten“ Gesellschaft sind die Gefühle, welche der zur kaiserlichen Macht gelangte Hohenzoller für die schöne Gattin des berühmten Bildhauers hegt, sehr bekannt; man weiß, daß der „gefällige Sohn“, der es „im höchsten Grade unpopulär“ findet, wenn sein Vater anerkennend oder gar lobend erwähnt wird, zu den fleißigsten Beschützern des Begaschen Ateliers gehört und dort fast täglich „Studien“ in der edlen Plastik vornimmt.

Dies soll die maßgebenden unter den Berliner Stadtvätern dann begünstigt haben, in gebührender Sitzung — Ausschluß der Öffentlichkeit war übrigens hierbei vollkommen angebracht — zu beschließen, dem kunstliebenden Herrscher ein Werk des beliebten Künstlers als „Morgengabe“ darzubringen.

Und trotz dieser rührenden Berücksichtigung der allerhöchsten Neigung der Kaiserin fragt man sich eriaunt.

Der Berliner Volkswirth hat schnell die Antwort auf diese Frage gefunden. Magistrat und Stadtvorordnete hätten — so heißt es jetzt hier allgemein — den „persönlichen Liebhabereien“ Sr. Majestät noch etwas mehr Rechnung tragen, und statt des „Brunnen“ ihm alternativenabhängig ein „Jagdhut“ mit einer „Becassine“ als Ordnung spenden sollen. Vielleicht hätte diese Wahl den kaiserlichen Tadel verhilzt.

— Das fehlte noch. Bismarck ist von der theologischen Fakultät der Universität Gießen zum Ehren doktor ernannt worden. Der brave Giesstern also Ehrenpasse. Nun, unter die Pfaffen gehört er ja schon durch sein phänomenal entwickeltes Talent für Heuchelei, und daß sich Professoren für jeden — Dienst finden lassen, das wußte schon der alte Ernst August von Hannover, der weiland das geküßelte Wort verübte: H., Professoren und Kandidanten kann man immer für Geld haben. Unter den Kandidanten verstand er ungewißhaft auch die politischen. Das Diplom, welches den Reichsgründer, Schnapsbrenner, Papiermüller, Telegraphenlangens-Viererant und stillen Kompagnon Reichsgründer, die Ernennung zum Ehrenpasse verhilzt, lautet wie folgt:

„Dem hohen einzigartigen Rame, der drei Kaiser in unvergleichlicher Treue sein Leben zu Dienste geweiht hat und noch weilt, nie verzagt, nie ermüdet, Niemanden fürchtet als Gott und dessen Willen in den Gefilden der Völker demüthig vertrauend; dem lebenswährenden vornehmten Rathgeber der evangelischen Könige von Preußen, der erlauchten Stügen der evangelischen Sache in aller Welt, welcher darüber wacht, daß die evangelische Kirche gemäß ihrer Eigenart und nicht nach fremdartigem, für sie verderblichem Vorbilde regiert werde; dem tiefblühenden Staatsmann, der erkannt hat, daß die christliche Religion allein Hell bringen kann der sozialen Noth, die christliche Religion, die ihm die Religion der thatkräftigen Liebe, nicht der Worte, des Herzens und Willens, nicht der bloßen Spekulation ist; dem einsichtigen Fremde aller deutschen Universitäten, der zumal den evangelisch-theologischen Fakultäten theuer geworden ist durch die Entschlossenheit, mit welcher er für die Freiheit derselben eingetreten ist, ohne welche sie dem Evangelium und der Kirche nicht dienen können.“

Drei Kaiser in unvergleichlicher Treue! Ist sehr gut, die dem zweiten dieser drei Kaiser bewährte „Treue“ ist ja thatsächlich unvergleichlich gewesen. Die lebenswürdigen Adeliche, an die der unglückselige Kris seit Jahr und Tag gewohnt war, wurden ihm bis zum letzten Athenzug getreu appliziert. Dafür allein hätte Bismarck den Ehren doktor aller Pfaffenbildungsanstalten verdient — was heutzutage eine redliche Prediger der christlichen Liebe sein will, muß in dieser Hinsicht etwas zu leisten wissen.

Nein hüßlich macht sich auch der „Doktor der Gottesgelehrtheit“ für den Schnapsbrenner Bismarck.

Apropos, die „Münche“ cloaca maxima hat entdeckt, daß der Proletor des himmlischen Schnapses und des irdischen „Evangeliums“ der Begründer deutscher — Freiheit ist. Der Spaß ist nicht übel, und der Dichter der „Freiheit, die ich meine“ würde sicherlich Thränen lachen, wenn er noch lebte.

— Bedenklich. Als der Kaiser — berichtet der Berliner „Reichsbote“ — am vorigen Sonnabend von der Jagd nach Königs-Büsterhausen zurückkehrte, kam er durch den Det Grof-Besken. Dort war eine Ehrenpforte mit der Aufschrift errichtet: „Grof-Besken — dem besten Grofen“.

Wir müssen da nach der Ansicht der Grof-Besken die andern „Grofen“ beschaffen sein!

— Die Niederlage, welche die Fortschrittspartei bei den Preussischen Landtagswahlen erlitten, hat im Schoße derselben einen Aufruhr gegen die Diktatur des Herrn Eugen Richter entzündet. Die Berliner „Volksg.“ verlangt, daß dem diabolischen Führer, den man den „Organisator der Niederlagen“ nennen könne, das Regiment aus den Händen genommen werde und fordert die Einberufung eines Parteitag, der die Dinge wieder ordnen und die trante Partei gesund machen soll. Fataler als dieses Pronunciamento der „Volksg.“, die ja stets mit der fortschrittlichen Parteilichung am gemeinsamen Rufe stand, ist für Herrn Richter, daß die „Tante Bof“, das klassische Organ des preussischen Fortschrittspolitikers, sich in ähnlicher Weise ausspricht. Die Unzufriedenheit in den Parteifreien ist eine allgemeine. Freilich, die Gesundung der Fortschrittspartei ist ein frommer Wunsch — „abfaulenden“ Parteien ist eben so wenig zu helfen wie „abfaulenden“ Königs- und Kaisergeschlechtern.

— Chronik der Sozialistenprozesse. In Konstanz wurden am 31. October drei Arbeiter, Leo Michel von Ober-Weßlingen, Rupert Ruf von Heberlingen und Friedrich Ved von Nellingen wegen Vergehens gegen § 19 des Staatsvertragsgesetzes zu insgesamt 6 Monaten und 10 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, wovon 5 Monate und 10 Tage durch die Untersuchungshaft, die natürlich viel länger gedauert, als „verbüßt“ erklärt wurden. Eine Woche zuvor wurde der Seltemer Heimbold wegen gleichen Vergehens zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt. Von der Untersuchungshaft, die über vier Wochen gedauert, wurde gar nichts in Anrechnung gebracht. — In Düsseldorf sind die Verhandlungen des großen Geheimbundsprozesses, die am 8. November begonnen haben, noch nicht zu Ende, bzw. ist uns bis Redaktionschluss noch nichts über seinen Ausgang bekannt. Wir legt sich nur konstatieren, daß das Bestreben der Staatsanwaltschaft, den gänzlichen Mangel von Beweismaterial durch Pläne aus alten Nummern des „Sozialdemokrat“ zu ersetzen, täglich verunglückt ist. — Die öffentliche Verhandlung im Freiberger Geheimbundsprozess hat am 16. November begonnen. 15 Personen, darunter der Redakteur des Offenburger „Volksg.“, Ad. Ged., sind der Geheimbündelei und der Verbreitung verbotener Schriften angeklagt. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf die Aussagen einer in der Untersuchungshaft zur Kronzeugin bearbeiteten Frau M. Vinfert. Was auf solche erpressten Aussagen zu geben

*) Den Namen dieses schamhaften Vogels in's Deutsche zu übertragen, unterlassen wir als unheilvollen Grund.

ist, hat der Prozeß Klein und Genossen in Offenburg gezeitigt. Beiläufig hat gegen die Freisprechung des Klein die Staatsanwaltschaft Revision eingeleitet, während sie die Freisprechung der auf Grund der Angaben des Klein angeklagten und f. Z. in Untersuchungshaft Genommenen nicht angefochten wagt. Das kennzeichnet das heutige Justizverfahren.

Wenn auch nicht als Sozialistenprozeß, so doch als durch das Sozialistengesetz erzeugter Prozeß ist die Verhandlung gegen den Anarchisten Martin Gitter von Wöhringen zu verzeichnen, die am 1. November in Stuttgart stattfand und mit der Beurteilung Gitters in 2 1/2 Jahren Zuchthaus, wovon 6 Monate für Untersuchungshaft abgehen, und fährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte endete. Gitters Verbrechen bestand darin, daß er in St. Gallen, also in der Schweiz, eine Kiste Dynamit aufbewahrt und bei seiner Abreise dem selbigen als Kofferstück entlarvten Schröder übergeben haben soll. Schröder selbst steht als Schweizer Bürger außer dem Machtbereich der deutschen Gesetze, sein Anführer und Mitwisser, „Chef“ Krüger, steht über dem Gesetze und ging daher frei aus. Die kleinen Anarchisten wirft man ins Zuchthaus, die großen — Staatsretter läßt man laufen.

Am 15. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Stadtbremervorstadt) fand vorige Woche Neuwahl zum Reichstage statt, da Herr von Bennigsen wegen seiner Beförderung zum Regierungspräsidenten von Hannover sein Mandat hatte niederlegen müssen. Der ewige Ministerkandidat wurde wiedergewählt, aber seine Stimmen gingen von 8791 auf 5367 herunter, desgleichen die der Freisinnigen von 1401 auf 1623. Nur unsere Partei erhielt einen Zuwachs, und zwar von 763 auf 2045 Stimmen. Kandidat war Genosse Wolfenbühler von Stellinghufen.

Die obige Stimmenzahl ist die größte, die wir bisher in diesem Wahlkreis erhalten. Danach dürfen wir die Aussichten für die nächsten allgemeinen Wahlen zum Reichstage bemessen. Der Talmi-Arbeiterfreund soll seine helle Freude erleben.

— Amer — Jesus! Der Weber Gladewitz in Mittweida in Sachsen hat das Jüden dieses staatsgefährlichen Aufwieglers und Hehlers arg bösen müssen. Vor einigen Monaten hatte er dem Oberprokurator Morbach, der bei der Verurteilung des Technischen Ratschmanns Hirschhoff das Glockengeläute unter dem Vorwand verweigert hatte, Hirschhoff sei in angetrunkenen Zustände verunglückt, in der „Mittweidaer Zig.“ entgegengehalten, diejenigen, die den Spitter in ihres Bruders Auge sehen, möchten sich doch vor dem Spiegel bekahnen, damit sie auch den Hals in ihrem eigenen Auge entdecken könnten. Solches Jüden des Herrgotts gegen ihn böse sich kein Priester gefallen lassen, meinte der Pfarrer, ging hin, verfluchte den Jesus — pardon, den Gladewitz, und das Kantgericht — lauter gute christliche Richter — verurteilten die Bergpredigt — nicht doch, den bösen Jüden der Bergpredigt, zu 4 Wochen Gefängnis. Und die Verurteilung des Mannes Gottes war gekürzt.

Etwas später ließ sich derselbe Gladewitz bekommen, das Singersche Buch über die Lage der Arbeiter in Nordböhmen zu besprechen, um im Hinblick auf die Wohnungsverhältnisse in Mittweidaer Arbeiterhäusern mit dem Satz zu schließen: „Das Schlotterwerkzeug meines Landes, auch das der freien Republik nicht, hat das Recht, pharisäerhaft schelmisch an die Brust zu schlagen und anzuordnen auszurufen: Ich danke Dir Gott, daß ich nicht bin wie jener Jüder.“

Das konnte sich der Jüdelbesitzer Kähler in Lauenheim, Besitzer einer Hütte, von der Gladewitz erzählt hatte, daß in ihr das halbe Fürstentum Lippe, ungefähr 20 die 30 Männlein und Weiblein einträchtig bei einander schlafen, nicht bieten lassen. Er füllte sich durch das Gedächtnis vom Jüden und Pharisäer beleidigt, ließ ihn, verfluchte Gladewitz und erzielte eine Verurteilung zu 75 Mark Geldbuße oder 14 Tagen Haft, sowohl gegen Gladewitz als auch gegen den Redakteur der „Mittweidaer Zeitung“.

— Amer Jesus! Wie würde es die ergeben, wenn du heute lebstest und in die Hände dieser Christen fielest!

An die Kirchenscheitern im Reich der Gottesfürcht und frommen Sitte richten wir aber das dringende Gebot, eine zeitgemäß verbesserte Bibelausgabe zu veranstalten. Die Interessen von Staat und Gesellschaft, klar und namentlich Thron verlangen es. Um ein Beispiel zu geben, so muß es fortan heißen: „Was immerst Du dich aber um den Waisen in Deinem eigenen Auge, Du Tölpel? Wehe ihm und seiner, ob Du nicht ein Spitterreden in Deines Bruders Auge ausfindig machen kannst, und dann sprich schelmisch über ihn die Verdammung aus.“

Proletariat est!

— Frankreich. Die Dynamit-Attentate, welche Anfang voriger Woche zwei der berühmtesten Stellen-Vermittlungs-Büreaux zerstörten, ohne dabei Menschenleben zu schädigen, sind eine berechtigte Warnung und Warnung an Regierung und Kammer. Seit Jahren hatten dieselben versprochen, Abhilfe zu schaffen gegen die schreckliche Ausbeutung, welcher der Stellenfuchende in den betreffenden Büreaux preisgegeben ist, aber bis dato haben sie noch keinen Finger gerührt, Besserung herbeizuführen. Die Stellen-Vermittlungs-Büreaux sind bekanntlich eine Napoleonische Schöpfung, welche den Charakter der schomngslosen Ausbeutung mit dem einer politischen Spionier-Anstalt vereint. Seit Jahren ist eine Bewegung im Gange, welche von der Regierung Unterdrückung der betreffenden Ämter fordert. Die Träger dieser Bewegung haben mehr bei Deputierten petitioniert, in der Straße manifestiert, anfangs friedlich, endlich mehr oder weniger heftig und lebensgefährlich. Alles umsonst. So haben Einzelne schließlich zum Dynamit gegriffen, um für ihre Beschwerden Gehör und Abhilfe zu erzwingen. Die Verhörungen durch Dynamit sind Mordakte von Personen, die durch Gleichgültigkeit und bösen Willen ihnen gegenüber zum Reuherien getrieben worden sind. Verantwortlich dafür ist einzig und allein die sträfliche Nachlässigkeit von Regierung und Parlament. Natürlich wird das Ereignis von der ganzen reaktionär-opportunistischen Presse verunglückt, ausgeblendet und zum Ausmaß einer Hetzjagd gegen Sozialisten, Press- und Versammlungsfreiheit gemacht. Wären die Attentate als Mordakte nicht so erklärlich, und wolle man den Täter nach dem Spruchwort suchen, der hat es getan, dem die Sache zu Gute kommt, so müßte man sie auf Rechnung der Regierung, der Volksgesundheit. Noch nie ist den „Trägern der Ordnung“ eine Gelegenheit günstiger gewesen, wie die vorliegende, um den Wind der Reaktion mit vollen Segeln zu blasen und gegen alle Freiheit zu donnern. Der „Temps“ wendet an jehuditische Sophistik Unbertreffliches. Dem Blatt der „weisen Mäßigung“ ist es natürlich nur um Aufrechterhaltung der Freiheit zu thun, aber es gibt eine unbegrenzte Freiheit, die nicht immer mit der gebundenen Freiheit verträglich ist. Und um diese „gebundene Freiheit“ nach dem Herzen der „Temps“, „Matin“ u. in retten, heißt es Mordtäter der und Polizei. Kann die Reaktion die Attentate den Sozialisten nicht an die Rockschöße hängen, so sucht sie dieselben doch moralisch dafür verantwortlich zu machen. Durch ihre Propaganda sind sie an allem schuld. Der Appell an die Gewalt ist in einer Republik das größte Verbrechen gegen die Freiheit und muß als solches gestraft werden.“ Kurz und gut, die Explosionen haben der Reaktion neues Wasser auf ihre Mühle geschüttet, und sie macht Neuanstrengungen, die Situation auszubessern.

— Aus Holland. Bei uns heißt es jetzt: „Schwarzer Hund“ heißt König „Kobold“, d. h., die Kerikalen (Katholiken und Antirevolutionäre), welche Dank dem Ausfall der letzten Wahlen Regierungspartei geworden sind, ihre Herrschaft angetreten haben und lustig daran sind, sich unpopulär zu machen. Nach ihrem Sturz, und die Herren werden fallen, wird die Zeit gekommen sein, für was man in Holland die „Volkspartei“ nennt, ein Konglomerat von Sozialdemokraten (die Mehrheit) und bürgerlich-Katholiken, was welches je aber, so lieber auseinander soll! Aber zurück zu unsern Schwarzgeräten. Die fetten und einträglichen Keriker werden jetzt nach und nach sämtlich ihren Kreaturen angetrieben — kein Wunder, haben doch die liberalen Herren von 1848 an es ebenso gemacht, und „Schwarzer Hund“ hat sich damals immer und immer wieder das Maul lecken müssen; das wird jetzt mit Weisung nachgeholt. Vor wenigen Tagen ist der Posten des General-

gouverneurs von Surinam, woselbst viele Juden wohnen, an einen Antikensman vergeben worden. Ihr Hr. M. A. de Saornin Soeman. Und was hat sich hinterher herausgestellt? Die Anstellung ist erfolgt — weil hochhabe Gläubiger auf das Gehalt des frommen Christen seiner Schulden wegen haben Beschlag legen lassen.

Wie die Thronrede dieses Jahres uns verkündigt hat, dürfen wir endlich — endlich in Holland etwas für die Arbeiter erwarten. Die Regierung wird den Abgeordneten des „Volkes“ (muß heißen der Reichen und Spießbürger) ein Gesetz vorlegen, belaus Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. Das wird so etwas sein, das! Aber eine Vorlage im Sinne des Antrags des Genossen N. Domela-Nieuwenhuis auf Abschaffung der gezwungenen Kundschaft (Trucksystem), der schon einige Monate alt ist, ist noch nicht erschienen, und es wird den Arbeitern mit jedem Tag klarer, daß der Antrag nie Gesetz werden wird. König „Kobold“ ist sterbenskrank, krank wie der Löwe der Jabel; und wenn er von seinen theuren Herren Unterthanen Abschied nimmt, so haben wir nichts mehr auf Erden als ein kleines Brutzchen, von dem wir nicht wissen, ob es Oranienblut und damit holländische Gottesgnade im Leibe hat.

Wird denn das deutsche Reich uns liebevoll verschlingen? Vielleicht noch der Eisenstirn? Allein man bedenke wohl, wir können zwar Republikaner sein, aber wir werden niemals — gute Eisenstirn. Zum Schluß eine Frage an die Redaktion des „Sozialdemokrat“. Wie denken die deutschen Parteigenossen über die Schulfrage? Das herrliche liberale Kabinett wird sich bald auf die Volksschule werfen. Halten es die Deutschen für wahr, daß eine „neutrale“ Schule etwas Unmögliches ist? Würden sie sich für das Subsidienystem und für die Freizulassung der Eltern erklären — oder sind sie Vorkämpfer einer Staatschule mit Haut und Haaren? Halten Sie deshalb ein Zusammenhaken mit den kirchlichen Parteien in der Schulfrage, wie es einige Sozialisten in Holland verstellen, für erlaubt oder nicht?

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Clemens.
Wir wissen nicht recht, was der Einsender unter „neutraler Schule“ versteht; meint er gemischt konfessionelle, so halten wir dieselben zwar nicht für unmöglich, aber für eine Halbheit, die in keiner Weise unsern Grundgedanken entspricht. Schon die konfessionelle Schule ist ein Kompromiß, insofern sie den Dogmentraum ignoriert und nicht kritisiert. Aber mit der theologischen Frage ist die Schulfrage noch nicht erschöpft. Nicht minder wichtig als diese ist die Frage des Geschichtsunterrichts, der Naturwissenschaft x. x., wo je nachdem mindestens ebenso viel Unheil angerichtet werden kann als im Religionsunterricht. Die Neutralität, die sich nur auf das Lehren der allseitig anerkannten Thatsachen beschränkt, ist selbstverständlich auch hier eine Halbheit, aber immerhin nur das kleinere von zwei Uebeln. Was die Organisation des Schulwesens anbetrifft, so sind wir für die staatlich geleitete Schule, weil diese allein die Durchführung des obligatorischen Unterrichts und der Unentgeltlichkeit des Unterrichts gewährleistet. Aber staatliche Leitung des Schulwesens bedeutet nicht Konsozial der Staatsschule. Schließlich sind wir der Ansicht, daß ein Zusammengehen von Sozialisten und Pfaffen in der Schulfrage eine Unmöglichkeit ist.
(Red. d. Soz.)

Korrespondenzen.

— Oberfeld, 10. Nov. Die seit März dieses Jahres eingeleitete Untersuchung in Sachen des großen Geheimbundsprozesses schwebt noch immer. Hausdurchsuchungen und Vernehmungen, Vernehmungen und Hausdurchsuchungen, das nimmt gar kein Ende. Was eigentlich zum Vorschein kommen soll, das wissen die Götter. Allerdings wußte die „Oberfelder Zeitung“ kürzlich zu berichten, daß ein umfangreiches Anklagematerial vorhanden sei, trotzdem fanden diese Woche abermals Hausdurchsuchungen zu gleicher Zeit und in größerer Anzahl in Bremen, Oberfeld und Memmelsdorf statt, und zwar bei Personen, welche schon zu Anfang der Untersuchung in Antikaganzstand versetzt und in Untersuchungshaft genommen waren. Man scheint aber immer noch nicht „genügend“ zu haben, trotz dem „umfangreichen Anklagematerial“ der „Oberfelder Zeitung“, trotzdem man sich nun schon acht Monate alle ordentliche Mühe gegeben und eine Untersuchung in Szene gesetzt hat, die alles in Schanden stellt, was bei schon fruchtbarsten Sozialistenprozessen in dieser Hinsicht geleistet wurde. Nach den oberflächlichen Schilderungen beläuft sich die Zahl der bis jetzt in Antikaganzstand versetzten Personen auf mindestens 200 und die Zahl der vernommenen Zeugen ist sicherlich nicht darunter. Unsere heiligen Staatsretter, das dreiblattrige Steckblatt, Vinoff, Hbles und Kammerhoff gehen eben von dem Standpunkte aus: Die Dynamit muß die Qualität“ erliegen, und so kann man sich auf weitere Tage gefaßt machen, wann der große Tau löst.

Unser sozialretterisches Steckblatt hat sich eben verrechnet, sie hatten etwas Kolossaleres zu Stande zu bringen, als sie den Prozeß mit den Wasserbanden und Verhaftungen inszenierten, als es jedoch an's Wertung, siehe da, da ward es kläglich und nichts, das wunderbar schöne Material zertrübt und nichts blieb als — Lug und Trug ihrer vlichtgetreuen Spiegelscheibe. Und so haben sie dem ihre Suche in's Unendliche verlängert, jedes Abzeichen mühsam anstrafen müssen, das sich am Wege darbietet und eine Grube zu versprechen schien. Aus allen Orten und Enden des deutschen Reiches werden Angeklagte und Zeugen herangezogen und immer noch kein Ende. Und was wird nicht alles herangezogen! Und wie wird geschickt! Die reinsten Kinderereien schieberlicher Art wechseln mit abgefeimten Schurkereien ab. Der strebsame Untersuchungsrichter läßt „arbeiten“ in einer Weise, die Mitleid erregen würde, wenn sie nicht so schamhaft wäre. Hat dieser Herr Leute zu vernehmen, so weiß er ihnen dieses und jenes zu erzählen, was Jungen unter 16 Jahren haben sollen. „Geben Sie mir, es hilft Ihnen doch nichts, wir haben und wissen alles.“ So geht das in einem fort, nur schade, daß die Leute in der Regel nichts wissen, weil sie eben nichts wissen können, weil Alles Polizeimache ist. Es ist rein zum Lachen, was diese Streber alles für geheime Verbindungen ansehen, es ist, um mit Auer zu reden, wirklich der reine Ill. Es kann aber auch gar nicht anders sein, das Puttkamer'sche System ist eben überall eingerissen, so daß die Polizeimache nicht mehr wissen, was sie für Toll- und Dummschellen ansprechen sollen. Unser Oberstaatsretter, genannt Polizeikommissar Kammerhoff, ist ganz außer Rand und Band; findet ein beliebiges Vergnügen statt, wird es verdorben, findet eine Versammlung statt, wird sie aufgelöst oder er verbietet Dilem oder Jemem zu sprechen; findet er bei einer Hausdurchsuchung einen „Sozialdemokrat“, so gebietet er sich rein wie toll. Dabei treibt dieser Herr die größten Antikämpfungen, wie sich erst kürzlich wieder zur Goldenen erwiehen hat, gelegentlich des Hehlerei-Prozesses Bentrath. Laut Zeugenaussage hat sich der Hüter des Gesetzes soweit verhalten, daß er sich einer ganzen Kompanie schon vorbehafteter Leute als Zeugen bediente und einem derselben eine Belohnung bis zu 500 Mark versprach, wenn er eine für Kammerhoff gemachte Auslage machte und damit den betr. Angeklagten Bentrath belaste. Aus obigen Beispiel kann man erkennen, daß der Polizei kein Mittel zu schlecht ist, um ihre eben Spieße durchzuführen, besonders aber gilt das uns Sozialisten gegenüber. Nun, treibt eure Gemeinheiten so lange wie es euch auf dünkt, was soll es recht sein, wir bleiben trotz Einferkennung und Polizeiverfolgungen die Alten und werden an's Ziel gelangen.

Die Wupperwacht.

Achtung.

Der Spiebel Christian Waiblinger, Schreiner (siehe unsere Warnung in No. 38 d. Z.) soll jetzt mit Familie in Heltbrunn a. N. (Württemberg) wohnen.

Man hüte sich vor ihm und Personen seines Hangs und warne vor ihm in weiteren Kreisen.

Sprechsaal.

Waldheim in Sachsen. Wir halten es für Recht und für unsere Pflicht, vor dem Holzbildhauer Emil Hofmann alle Freunde der Arbeitersache eindringlich zu warnen.

Derselbe mißbrauchte das Vertrauen der Arbeiter in unerhörter Weise, indem er als Kassierer der Zentral-Arranken- und Sterbekasse der Tischler 300 Mark unter der Hand und zu diesem Behufe einen Postchein über M. 120. — gefälscht hat.

Da er sich nach der Schweiz gewendet haben soll, bittet man alle dortigen Freunde, überhaupt Jedermann, dessen Adresse an die Exped. d. Bl. gelangen zu lassen, um ihn zur Schadloshaltung zu zwingen und zu verhindern, daß er weitere Arbeiterkassen betrügt. Es kann der Arbeitersache nur zur Ehre gereichen, wenn gegen solchen Vertrauensmißbrauch auf's Nachdrücklichste öffentlich verfahren wird. Solche Leute nehmen das Geld wo und wie sie es vermögen.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus: Berlin, Crammischau, Jall River (Mass.), Paris.

der Expedition: Sch.: Nachr. v. 12/11 hier. Alles entsprechend geordnet. — Grenzpfahl: Gewünschten lt. Bl. v. 15/11. — S. A. Pr.: 8 Sbg. 2 H. f. Zeit, erh. Völlig folgt u. Bl. das Erfragte. — Kother Hans: Sie haben den Namen falsch geleitet. Adr. Bl. geordnet. H. Weiteres. — Lionel: Völlig v. 13/11 notirt. Erfragtes am 15/11 Bl. Bei Weng. ist größte Präzision der Angaben unerlässlich. — Kother Kurfürst: In so dringl. Dingen sind 7 Tage Wartezeit doch zu lange. Alles Andere Bl. — D. N. B.: Nachr. v. 13/11 erh. Adr. geord. Völlig notirt. Abänderung verlangen wir, weil sie die Post hier bei Posteingangsbüro zur Kontrolle von uns verlangt. Senden Sie Papiergeld, dann sparen Sie sich und uns den Nummel. — Gaudius: In Hlften. Nr. 44 quittieren wir A. Sache. Adr. für G. ist richtig. Von d. A. a. d. Wp. findet sich Nichts vor. Geschäftssache braucht kein Doppelkont. An's Geschäft adressierte Privatbriefe für Personen unseres Personals sollen innen den Namen des Betreffenden, außen nur die Geschäftsadresse tragen. — Danie: Adr. geordnet. Referenz wird vermittelt. Abstrich erwartet. — Garbano: M. 50 — a. Gto. Ad. 3. Du. x. erh. Ad. u. Völlig notirt. Bl. mehr. — Florestan: M. 3 — p. Hb. d. d. erh. Wann wird der Schmeckenbiter Fisch denn endlich Wort halten mit d. alten Sack? Herzl. Grüße! — Halten: Ihr Abonnement ist am 12/6 a. e. nur p. 2. u. 3. Du. bezahlt, deshalb Hb. v. 18/10 irrtümlich auf Sie statt Sg. vom Expedienten eingetragen. Steht jetzt auf Sgr. — Harman: M. 60 — a. Gto. u. 1. d. Hb. 4. Du. erh. Völlig folgt unter Beachtung des Weiteren. — v. d. Hb.: M. 100 — a. Gto. Ad. x. erh. Besserung im Dr. ist eingetreten. Weiteres nach Wunsch. — W. A. Donald: Sch. 1.6 Ad. Adr. v. Ende 88 erh. — Siebener: M. 250 — a. Gto. Ad. x. erh. u. Ueberstehendes lt. Wunsch mit M. 250 d. Fonds. d. d. zugewiesen. Bl. am 8/11 Näheres. — Henry Guggenheim London: Ihr Bl. vom 17/11 ist nach A. abgegangen, wohin Sie sich künftig direkt wenden wollen. Wir haben mit der Sache und mit Ihnen nichts weiter zu thun. — Herber: Halten Sie fest, daß Sonntags hier feuertel Briefantragung stattfindet und Sie werden erklärt finden, daß wir erst am 9/11 antworten konnten. — Kaimann: 18" war schon anderseits reklamirt u. befragt. 4. Du. ist ebenso bezahlt. Ad 89 verfahren sobald nach Wunsch. Beilage befragt. — Kother Geldsack: Gut. G. erwartet. Unterlassungsstände der Zwischenband werden monrt. — Salatsfeld: Vorkl. u. Adr. notirt. In Bl. Weiteren haben Ihren Zerthum festgestellt. Bl. die Beweise x. — Gans Groß: M. 11 96 in Hb. u. Ggr. gutgebr. Völlig folgt. Betr. G. haben Sie leider recht. Helfen Sie's andern! Abstrich willkommen. — Unbekannt: 1 Penny f. Bl. erh. — Klat: P. 8. v. 18/11 hier. Ist befragt. — Philo: Sbg. kreuzt mit P. 8. Bergessen Sie nicht, daß wir noch im Umgang sind. Bräuterei vergriffen. Beg. u. Hb. Bl. folgen u. 3. — Gerhard Chorleken: Aufschlag veranlaßt. — G. H. A. Post: Gedendolitter u. Bl. erh. Unterlautes eventuell revidierbar vorbehalten, Nota gutgebr. „Kieker m. S.“ längst vergriffen. Nachfr. befragt. Sbdla. u. Exped. sind jetzt Gms. — Radion: Bl. u. P. 8. v. 18/11 erh. Selbstverständlich ist „eingeführter“ praktischer, also, wie Sie wollen. Bl. mehr. — Stenche: M. 100 — baar u. M. 14 30 p. Ggr. u. Gto. Ad. x. erh. 7. P. verjögert. Beilage befragt. — Reitelheim: M. 650 getrimmt anlässlich eines Hb. d. d. v. 18/11 hier. Hb. d. d. erh. — Pharo: Nowr. v. 18/11 hier. Hb. d. d. erh. — H. Näheres. — Post: M. 100 — a. Gto. Ad. x. erh. Völlig u. Adr. notirt. Weiteres Bl. — Leonidos: Gewünschtes folgt. Adr. geord. u. Weiteres d. d. ad notum genommen. Bl. mehr. — G. M. Cincinnati: Wunsch. über Hb. — 8.3 erh. Ihr Postler hat Recht. Obenstehendes heißt es in unrer Notiz am Kopfe des Blattes ausdrücklich: „Kentish Town Road Postoffice.“ Das ist die einzige dieses Namens hier. Adresse also genau wie Sie wünschen.

Durch Unterzeichneter zu beziehen:

Vorwärts!

Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.

Preis brochir M. 2 40. Tr. 3 — Sg. 2 5.
German Cooperative Publishing Co.
114 Kentish Town Road, London N. W.

Zürich.

Schriften-Filiale der Arbeiterstimme
Zähringerstraße 12.

Unsern Genossen und Freunden in der Schweiz liefern wir den ausführlichen Bericht über den

Münchener Geheimbunds-Prozeß

vom 26. und 27. Oktober 1888 vor dem Landgericht I.
gegen Auer & Genossen.

Derselbe erschien unter dem Titel:

Der erste Nichtgenosse auf dem Zeugenstande.

und kostet durch uns bezogen 35 Cts. per Exemplar, sowie 30 Cts. bei Bezug von 5 Exemplaren und darüber, nur gegen Baarzahlung, Paket- oder Kreuzbandporto extra.

Wir bitten um rechtzeitige Bestellung und machen darauf aufmerksam, daß wir alle Aufträge auf unsere reichhaltige Parteiliteratur und Presse promptest belohnen.

Aufträge für alle außer-schweizerischen Länder sind lediglich bei der

German Cooperative Publishing Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W.

zu beziehen.

Die Schriften-Filiale der Arbeiterstimme
Zähringerstraße 12, Zürich.